



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

VIII/238 - 13.10.53

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-32

Fernschreiber 039890

Großbritannien und die EVG	S. 1
Schwenkung der finnischen KP	S. 3
Um Ernst Reuters Nachfolge	S. 4

## Churchills Alternative

Von Fritz Erler, M.d.B.

Die letzte große Rede des britischen Premiers hat Anlaß zu manchen voreiligen Mißdeutungen gegeben. Was ergibt sich nach dem genauen Studium des Wortlautes? Churchill will die Vereinten Nationen als ein der ganzen Welt dienendes Organ bei ihrer Aufgabe loyal und getreulich unterstützen und wehrt sich damit gegen jeden Versuch, die UNO zum Instrument der Politik einer einzigen Mächtegruppe zu machen. Sie haben nur einen Sinn, wenn gerade die möglichen Gegner sich dort treffen.

Mißdeutet wurde z.B. Churchills angebliche Ankündigung, die Bundesrepublik in die NATO aufzunehmen, falls Frankreich die EVG nicht ratifiziere. Er sagte nichts über eine britische Beteiligung an der EVG und führte weiter wörtlich aus: "Wir werden genau so wie die Amerikaner unsere Streitkräfte in Europa belassen und so das Gleichgewicht zwischen Frankreich und unserem deutschen Assoziierten wiederherstellen. Sollten die Franzosen die Europäische Verteidigungsgemeinschaft nicht annehmen, so bleibt uns keine andere Wahl, als in kluger Vorsorge einer neuen Abmachung beizutreten, durch welche die Stärke Deutschlands über den Nordatlantiktakt den westlichen Alliierten angeschlossen wird".

Darin kommt zum Ausdruck, daß Churchill nicht an die einfache Aufnahme der Bundesrepublik in den Atlantiktakt denkt, wie

das Wort vom deutschen Assoziierten andeutet und auch aus der Formulierung des Anschlusses der Stärke Deutschlands "über den Nordatlantiktakt" hervorgehen dürfte, scheint ihm für den Fall des Scheiterns der EVG eine Mitwirkung der Bundesrepublik vorzuschweben, die ihr die Teilnahme am Sicherheitssystem der Nordatlantikorganisation mit gleichen Rechten und Pflichten gestattet, ohne die Organisation durch die formelle Aufnahme der Bundesrepublik mit den politischen Fragen der Spaltung Deutschlands und des Provisoriums der Bundesrepublik zu belasten. Eine solche Lösung hätte den Vorteil, den Deutschen, so lange sie an dieser Sicherheitsorganisation mitwirken, die vollen Mitbestimmungsrechte einzuräumen, aber die Möglichkeit der Anpassung des Verhältnisses Deutschlands zur Gesamtorganisation für den Fall offenzulassen, daß die Wiederherstellung der deutschen Einheit es erfordert.

Churchill hat ausdrücklich betont, daß das Interesse Großbritanniens, Europas und der atlantischen Gemeinschaft nicht darin liege, Rußland gegen Deutschland oder Deutschland gegen Rußland auszuspielen. Beide sollten das Gefühl haben, daß sie in Sicherheit nebeneinander leben können, und von der Furcht voreinander erlöst werden. Damit ist die Sonderstellung Deutschlands im Verhältnis der beiden Mächteblöcke zueinander zugegeben. Das von Churchill vorgezeichnete Ziel kann nicht auf dem einfachen Weg der dauernden Einverleibung Deutschlands in die EVG oder die Atlantikorganisation erreicht werden.

Churchill beharrt auf der Idee einer Zusammenkunft der Regierungschefs, wiederholt den Vorschlag eines Ostlocarno und präzisiert ihn als "den Plan, dass jeder gegen den Angreifer, ganz gleich wer es sei, zu Felde ziehen und dem Opfer des Angriffes, ob groß oder klein, helfen solle". Der alte Locarnopakt sei durch das Fehlen der USA gescheitert. Damit kommt Churchill zu der auch von uns vertretenen Formel, daß die Sicherheit des vereinten Deutschlands in einem System zu suchen sei, das jedem Angreifer den Ausbruch des dritten Weltkrieges zur Gewissheit macht. Allerdings hat Churchill in diesem Zusammenhang von der deutschen Wiedervereinigung geschwiegen. Gerade sie ist aber der konkrete Ansatzpunkt für die Entwicklung eines solchen Systems.

Die Grenzen des vereinten Deutschlands werden nach übereinstimmenden diplomatischen Erklärungen aus West und Ost in einem künftigen Friedensvertrag festgelegt, der mit einer gesamtdeutschen Regierung auszuhandeln ist. Ohne Klärung der Sicherheitsfragen ist mit einer Einigung über freie Wahlen in Deutschland und also mit einer Gesamtregierung nicht zu rechnen. Deshalb könnte man sich zunächst mit der in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen festgelegten Erklärung helfen, daß auch für die Regelung der Gebietsfragen ausdrücklich auf das Mittel der Gewalt verzichtet wird. Hier könnte ein Nichtangriffspakt anknüpfen und zur Entspannung beitragen. Seit vielen Monaten weist die Sozialdemokratie darauf hin, daß für das vereinte Deutschland ein Status gefunden werden müsse, der von keinem der Beteiligten als Bedrohung empfunden wird. Heute ist diese Erkenntnis nahezu Allgemeingut geworden.

+ + +

Kommunistisch-bürgerliche Zusammenarbeit in Finnland

Von Bruno Kalnins, Stockholm

Eine merkwürdige Abstimmung fand vor wenigen Tagen im finnischen Parlament statt. Die Sozialdemokraten hatten die Regierung über ihre Politik in der Arbeitslosigkeitsfrage interpelliert. Der kommende Winter wird von den breiten Massen des Volkes mit Unruhe erwartet. Die Exportindustrie hat große Schwierigkeiten auf dem Weltmarkte und die Zahl der Arbeitslosen droht bedeutend zu steigen. Die bürgerliche Regierung von Kekkonen hat keine besseren Vorschläge zur Lösung der Krise gefunden, als die Verrinderung der sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft, darunter auch die wichtigen Kinderbeiträge, zu beantragen. Dagegen haben die Gewerkschaften heftig protestiert.

Bei den Kommunalwahlen am 4. und 5. Oktober, die gute Erfolge der Sozialdemokratie brachten, wurde die Regierung Kekkonen wegen ihrer arbeiterfeindlichen Politik sowohl von den Sozialdemokraten, als auch den Kommunisten scharf kritisiert. Die Regierung hatte einen schweren Stand, weil sie eine Minoritätsregierung ist, die hauptsächlich aus Vertretern des Bauernbundes besteht, zu denen nur noch einige Politiker der schwedischen Partei hinzukommen. Die übrigen bürgerlichen Parteien, die Konservativen und die liberale finnische Volkspartei, erachten eine Minoritätsregierung in der heutigen schweren Situation für unzulässig. Sie unterstützten daher bei der Abstimmung die Sozialdemokraten. Nun mußte Kekkonen unweigerlich das parlamentarische Spiel verlieren.

Es kam aber anders. Die Regierung der finnischen Großbauern wurde im entscheidenden Moment von den Kommunisten gerettet. Es ist schon seit Jahren bekannt, daß Kekkonen das Wohlwollen Moskaus genießt. Er hat auch manche unnötige Konzession an die Herrscher des Kreml geleistet. Er hielt zum Beispiel eine Rede anläßlich des Todes von Stalin, wo er den toten Despoten, der zweimal Finnland angefallen hatte, als "großen Freund des finnischen Volkes" feierte. Moskau war über die Möglichkeit des Sturzes Kekkonens beunruhigt. Es befürchtete, daß dann die neue Regierung unter sozialdemokratischer Führung auf breiter

Basis gebildet würde. Das wollten die Russen keinesfalls zulassen. Der bürgerliche und gefügige Kekkonen ist ihnen viel annehmbarer, als der Sozialdemokrat Pegerholm. Daher organisierte man von Moskau aus eine Rettungsaktion für Kekkonen. Zuerst kam plötzlich eine öffentliche Erklärung des sowjetischen Vizeministers für Außenhandel, S. Borisov. Dort wurde der Regierung Kekkonen versprochen, die Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion zu erweitern. Das sollte ein klarer Wink an das finnische Parlament sein: stürzt nicht Kekkonen. Als es sich aber herausstellte, daß die Mehrheit des Parlamentes dennoch nicht für Kekkonen stimmen wird, befahl Moskau den finnischen Kommunisten für die Regierung Kekkonen zu stimmen.

Selten ist die Fernleitung einer kommunistischen Partei so klar zutage getreten. Die finnischen Kommunisten mußten also auf Anweisung Moskaus eine Regierung unterstützen, die wegen einer klar arbeitfeindlichen Wirtschaftspolitik interpelliert wurde. Außenpolitische Interessen der Sowjetunion zwangen die finnischen Kommunisten gegen die ökonomischen Interessen der finnischen Arbeiter aufzutreten. Die Kommunisten unterstützten die Regierung der finnischen "Kulaken" in ihrer Auseinandersetzung mit der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Wieder einmal haben die Kommunisten bewiesen, daß sie keine finnische Arbeiterpolitik, sondern russische Politik in Finnland betreiben.

Die Regierung Kekkonen stützt sich aber auf Krücken. Ihre Stellung ist äußerst schwach und es scheint, daß sie kaum die weitere Abstimmung über die Wirtschaftspolitik in den nächsten Wochen überleben wird. Die Sozialdemokratie hat ihr einen scharfen Kampf angesagt und ihr Hauptsprecher, P. Terva, sagte in den letzten Reichstagsverhandlungen: "Wir werden unsere Angriffe wiederholen, bis die Regierung Kekkonens fällt!"

+ + +

#### Um die Nachfolge Ernst Reuters

(sp) Noch ist die Trauer um Ernst Reuter nicht abgeklungen, und schon beginnt ein häßlicher Streit um seine Nachfolge. Ernst Reuter war Sozialdemokrat, seine Partei erhielt bei den letzten Berliner Wahlen 41,5% aller abgegebenen Stimmen. Man müßte meinen, daß die CDU und die FDP, die zusammen mit der SPD eine Koalition bilden, diese Tatsache respektieren. Man müßte meinen, um das Recht der größten Partei auf die Führung des Berliner Senats dürfte es überhaupt keine Auseinandersetzung geben.

Aber weit gefehlt. Die Koalition soll zwar weiter bestehen bleiben, schon mit Rücksicht auf die gefahrenumwitterte Lage Berlins, aber der Regierende Bürgermeister soll und darf kein Sozialdemokrat mehr sein! Das sagen die Berliner CDU und die FDP, wobei es offen bleibt, ob sie aus eigenem Antrieb handeln oder von höchsten Stellen in Bonn gedrängt werden.

Und die Begründung? Aus dem Wahlergebnis des 6. September leitet die CDU das Recht ab, aus ihren Reihen den Nachfolger Ernst Reuters zu stellen - die gleiche CDU, die die Westalliierten geradezu angefleht hatte, Westberlin bei den Bundestagswahlen nicht mitwählen zu lassen. Sie beruft sich auf die 45% aller für die Kanzlerpartei im Bundesgebiet abgegebenen Stimmen, übersieht aber dabei, daß der sozialdemokratische Stimmenanteil in Westberlin nur um  $\frac{1}{2}\%$  darunter liegt. Was für das Bundesgebiet gilt, müßte nach guten parlamentarischen Sitten auch für Westberlin gelten - der Grundsatz nämlich, daß der stärksten Partei die Führung zukommt.

+ + +

#### Eine mißverständene Äußerung

Eine mißverständene Äußerung von Jean Stock, Vorsitzender des Verfassungs- und Rechtsausschusses im Bayerischen Landtag, hat bei den Spätheimkehrern Unruhe hervorgerufen. In Bayern besteht noch eine gesetzliche Pflicht zur Entnazifizierung. Gesprächsweise hatte nun Stock von der Notwendigkeit einer Sonderregelung für Spätheimkehrer gesprochen, was von CDU-Seite im Sinne einer Art Spezialentnazifizierung für Spätheimkehrer irreführend mißdeutet worden war.

Zur Klarstellung des sozialdemokratischen Standpunktes gab der Landesvorstand der SPD der Meinung Ausdruck, daß die Entnazifizierung nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen die Spätheimkehrer nicht betrifft. Den Heimkehrern müsse jede Möglichkeit geboten werden, sich in das normale Leben des demokratischen Staates einzuleben und das schwere Leid, das sie zu tragen hatten, durch die Hilfe der Gemeinschaft zu überwinden. In diesem Sinne werde die SPD-Fraktion die Anträge zu behandeln haben, die im Bayerischen Landtag zu dieser Frage gestellt worden sind.

Im Übrigen wird das Gesetz zum Abschluß der politischen Befreiung demnächst im Bayerischen Landtag beraten werden.

+ + +

---

Verantwortlich: Peter Raunau